

**Antworten auf die Fragen der Parents4Future**  
**und Antworten auf den Forderungskatalog der FfF OL**

**1. Bekennen Sie und ihre Partei sich zu den Pariser Klimaschutzziele?**

- Ja

**2. Stimmen Sie zu, dass in Deutschland und in Oldenburg bis 2035 die Emissionen auf Netto-Null reduziert sein sollten, so wie es den aktuellen Erkenntnissen der Wissenschaft entspricht?**

- Ja, je früher wir den Punkt Netto-Null erreichen, desto besser. Allerdings prophezeien alle namhaften Klimatologen (u.a. Prof. Mojib Latif), dass dies in Deutschland nicht gelingen wird. Es fehlt schlicht an entsprechender Infrastruktur (Stromtrassen nach Süddeutschland) und Technologie (Ersatzantriebe für LKW und schwere Baumaschinen).

***Müssen wir in Oldenburg Emissionen reduzieren? Wieviele und wann?***

- Selbstverständlich müssen auch in Oldenburg Emissionen reduziert werden. Ähnlich wie auf Bundesebene sind hier vor allem die Sektoren Verkehr und Gebäudebau in den Blick zu nehmen. Wir als FDP Oldenburg stellen uns aber weitestgehend gegen Verbote – vielmehr setzen wir auf Anreize und Innovation. Es muss sich lohnen, häufiger das Rad oder die Bahn zu benutzen. Ebenso darf eine Modernisierung bspw. der Heizungsanlagen oder die Investition in eine bessere Gebäudedämmung die Eigenheimbesitzer finanziell nicht überfordern. Spannende Projekte sind bereits bezüglich der CO<sub>2</sub>-Extraktion aus der Luft und die Umwandlung des Kohlendioxyds in festen Aggregatzustand oder sog. synthetische Kraftstoffe angelaufen. Hier sollte investiert werden.

***Konkrete Maßnahmen nach Bereich (jeweils zwei wesentliche Maßnahmen):***

***Verkehrswende:***

- Als FDP Oldenburg haben wir ein umfängliches Verkehrskonzept für Oldenburg ausgearbeitet. Wir erachten die Wiederbelebung der Stadtteilbahnhöfe als einen ganz zentralen Ansatz zur Gestaltung der Verkehrswende in unserer Stadt.
- Als Oberzentrum müssen wir die umliegenden Gemeinden im ÖPNV besser ein- und anbinden – das heißt konkret: höhere Taktung der Verbindung, Einrichtung von Knotenpunkten, sauberere Verkehrsmittel und günstigere Tickets (in Anlehnung an den Bremer-Umland-Tarif).

***Energiewende:***

- Oldenburg ist auf dem Papier der ideale Standort zur Beschleunigung der Energiewende. Universitärer Standort, Hauptsitz eines finanziell gesunden (!) Energieversorgers, zudem ist der Nordwesten stark bei der Windenergie aufgestellt. Wir als FDP Oldenburg erwarten von der Niedersächsischen Landesregierung dieses Potential endlich zu schöpfen und hochkarätige Forschungseinrichtungen in und um Oldenburg anzusiedeln. Als Liberale setzen wir auf Innovation statt Verbote.
- Anders als auf dem Land sind innerhalb des Stadtgebietes die Ausbauflächen für Windenergie kaum gegeben. Die FDP Oldenburg spricht sich aber im Hinblick auf den derzeitigen faktischen Stopp für den Windenergieausbau für eine Wiederbelebung aus – nach dem neuesten Stand der Technik. Für die Stadt gilt: Energieeinsparung sind vor allem im Bausektor vorzunehmen. Die Öffentliche Hand hat hierbei eine Vorbildfunktion.

### ***Ernährungswende:***

- Ohne Frage, Fleisch steht in der Energiebilanz schlechter da als die überwiegende Zahl pflanzlicher Produkte. Zudem wird Fleisch viel zu billig verkauft und leider zu oft unter Missachtung des Tierschutzes produziert. Als FDP Oldenburg sprechen wir uns für eine möglichst große Nachhaltigkeit in der Ernährung aus. Vorschriften, wer wann wieviel und was zu essen bekommt oder kaufen kann, lehnen wir jedoch kategorisch ab. Wir drängen vielmehr auf Bildung der Bürgerinnen und Bürger und einen festen gesetzlichen Rahmen, der Übermaß, Verschwendung und Tierleid möglichst minimiert.
- Dem geforderten weitestgehenden Fleischverzicht in städtischen Institutionen können wir uns in dieser Form nicht anschließen, würden aber eine Konzentration auf regionale und möglichst biologisch produzierte Fleischprodukte unterstützen.

### ***Biodiversität:***

- Wir begrüßen den jüngst geschlossenen Kompromiss zum Schutz der Mittleren Hunte. Darüber hinaus sind im Stadtgebiet Natur- und Landschaftsschutz durch strenge Vorgaben schon gewährleistet. Sie gehen bei neuen Planungen in die vorgeschriebene Abwägung ein.
- Als FDP Oldenburg begrüßen wir bspw. Entscheidung der Bahn, weniger Glyphosat zu versprühen. Wir setzen darüber hinaus, ähnlich wie bei der Ernährungswende, auf die Bildung der Bürgerinnen und Bürger. Angebote, die bspw. der Botanische Garten in dieser Hinsicht macht, gilt es auszubauen und zu unterstützen.

### **Forderungen der Fridays-for-Future**

- 1. Vollsubventionierung des ÖPNV und maximale Einschränkung des Auto- und Motorradverkehrs :***

- Eine Vollsubventionierung wäre eine finanzielle Herkulesaufgabe und ohne zusätzliche Mittel aus Land- und Bund nicht zu stemmen. Luxemburgs progressiv-liberale Regierung kann diese Subventionen übrigens auch nur deshalb leisten, da unter jahrelanger konservativer Regierungszeit Luxemburg konsequent zu einem Steuer- und Tankparadies ausgebaut wurde.
- Eine maximale Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs trägt die FDP Oldenburg nicht mit. Auch in Groningen gibt es keine maximale Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs, sondern lediglich eine Einteilung in vier Verkehrszonen, mit dem verbindenden Ring – außerhalb der Innenstadt. Die Voraussetzungen sind gänzlich andere.
- Den Ausbau von Fahrradabstellmöglichkeiten würde die FDP begrüßen. Die Forderung nach Ausbau der Fahrradwege muss jedoch im Einzelfall geprüft werden, da teilweise die Voraussetzungen nicht gegeben sind (siehe Ziegelhofviertel). Außerdem würde eine Einbeziehung jeder Straße auch die Fußgängerzone beinhalten.

**2. *Erhalt und Ausbau von Naturschutzgebieten, Mooren und Wäldern, sowie die sinnvolle Aufforstung von ungenutzten Flächen / Grünanlagen auf Dächern (siehe Boston) finanziell unterstützen / ökologisches Gärtnern fördern:***

- Im Stadtgebiet sind Natur- und Landschaftsschutz durch strenge Vorgaben schon gewährleistet. Sie gehen bei neuen Planungen in die vorgeschriebene Abwägung ein.
- Grünanlagen auf Dächern können bei gegebenen Voraussetzungen (Flachdach) ebenso eine Möglichkeit zur Verbesserung des Stadtklimas sein, wie das gezielte Aufstellen von Mooswänden. Hier gilt es im Einvernehmen mit den Eigentümern Lösungen zu suchen und zu finden.

**3. *Die Flächenversiegelung in Oldenburg soll weitestmöglich reduziert werden /Artenschutz:***

- Die Forderung steht im Gegensatz zu dem notwendigen Wohnungsbau innerhalb der Stadt. Wer günstigere Wohnungen haben will, muss Bauen ermöglichen. Reine Verdichtung wird Oldenburgs Grün nicht erhalten und trägt nicht zur Erhöhung der Lebensqualität bei.
- Bei dem Artenschutz braucht es europäische, nationale und landesspezifische Vorgaben - diese sind bereits jetzt streng und werden beim Neubau stets berücksichtigt

**4. *Ein Verbot von neuen Plastiktüten und weiteren nicht umweltfreundlich abbaubaren Neu-Verpackungen ist dringlich***

- Die geplanten Gesetze von Umweltministerin Schulze gehen bereits in die Richtung des Verbots. Außerdem sollte nicht übersehen werden, dass Plastikabfall a) tatsächlich durch alternative Angebote des Handels bereits vermindert wird und b) die Reste von städtischer Seite fachgerecht und umweltneutral verarbeitet werden.

**5. In öffentlichen oder städtisch geleiteten Essensausgaben fordern wir die fleischhaltigen Produkte drastisch auf ein Fleischgericht maximal pro Woche zu reduzieren. Außerdem regen wir an, alle tierischen Produkte auf Alternativen zu prüfen und diese einzusetzen.**

- siehe Antwort Ernährungswende

**6. Wir fordern eine nachhaltige Umsetzung von Bauprojekten, dabei soll die Auswahl der Baumittel auf deren Umweltbilanz sowie ihren klimaverträglichen Entsorgungsmöglichkeiten basieren [...] Wichtig [...] ist vor allen Dingen die Sanierung von Altbauten, wobei die Kosten niemals von der mietenden Person getragen werden dürfen.**

- Die Forderungen an den Wohnungsbau entsprechen der aktuellen Diskussion. Der Umgang mit Sanierungskosten ist vertraglich im Rahmen der geltenden Gesetze zu regeln.
- Die Vorstellung, dass Sanierungskosten im sozialverträglichen Rahmen nicht auch vom Mieter mitgetragen werden dürfen, entspringt einer illiberalen Marktvorstellung.

**7. Eine intensive Umweltbildung in allen Bildungsstätten ist dringend notwendig, um die zukünftigen Generationen von Beginn an hinreichend über die Ausmaße des Klimawandels zu unterrichten.**

- Bildung ist Ländersache. Über neue Lehr- und Lerninhalte im Unterricht für Niedersachsen ist in Hannover zu befinden.
- Die Stadt Oldenburg könnte bspw. an Schulen lediglich indirekt über freie Träger in der Ganztagesbetreuung für umweltpolitische Bildung Anreize setzen. Was hierbei fehlt sind die Kapazitäten und verbindliche curriculare Vorgaben.

**8. Kooperation und Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen ist dringend erforderlich**

- Eine Abstimmung mit anderen Städten ist Bestandteil laufender Zusammenarbeit der Verwaltungen. Auch hinsichtlich des Klimaschutzes wird diese Abstimmung und Zusammenarbeit beibehalten.